

Weniger Kohlendioxid, bares Geld

Aachener Stiftung **Kathy Beys** schlägt Emissionshandel auch für Privatleute vor. Britische Regierung treibt Konzept voran. Debatte auch in Australien. Doch in Deutschland fallen die Reaktionen sehr verhalten aus.

VON RALPH ALLGAIER

Aachen. Die reinen Zahlen können die dahinter stehende Dramatik kaum wiedergeben: Vor der Industriellen Revolution betrug der Gehalt an Kohlendioxid in der Atmosphäre 280 ppm (Parts per million/Teile pro Million). Heute ist dieser Wert auf 380 ppm angestiegen. Nach Angaben der Aachener Stiftung Kathy Beys darf die Menge an CO₂ nicht die Schwelle von 450 ppm überschreiten, wenn das politische Ziel, die Erwärmung des Klimas auf höchstens zwei Grad zu begrenzen, erreicht werden soll. 450 ppm – das bedeutet wiederum, dass der CO₂-Ausstoß bis 2050 um die Hälfte reduziert werden muss. Eine Vorgabe, die ebenso unstrittig wie schwer umzusetzen ist.

Das Problem

„Das von der Bundesregierung angepeilte Ziel einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 ist mit den derzeit beschlossenen Maßnahmen nicht erreichbar“, sagt Klaus Dosch, wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Kathy Beys. „Aus unserer Sicht sind diese Maßnahmen zum großen Teil Flickschusterei.“

Die Idee

Die Aachener Umweltexperten suchen seit Jahren nach Ideen und Alternativen zur Bewältigung der Probleme insbesondere in der Energiepolitik. Sie stießen dabei auf ein Konzept, das in Großbritannien und Australien intensiv diskutiert wird: den Emissionshandel auch für Privatleute. Derzeit ist in Europa nur die Industrie dazu verpflichtet, sich mittels Emissionszertifikaten das Recht auf den Ausstoß einer festgelegten Menge Kohlendioxid zu erwerben. Verschmutzten Kraftwerke und andere Industrieanlagen die Umwelt mehr als geplant, müssen deren Betreiber weitere Zertifikate zu kaufen. Arbeiten die Unternehmen dagegen zunehmend sauberer, können sie nicht benötigte Emissionsrechte gewinnbringend veräußern.

Die Umsetzung

Vom Prinzip her ist die von der Stiftung Kathy Beys vorgeschlagene Einführung einer CO₂-Card für die normale Bevölkerung recht ähnlich. Und so soll es funktionieren: Jeder Bürger verfügt über ein individuelles CO₂-Guthabekonto, auf das jedes Jahr vom Staat kostenlos CO₂-Einheiten überwiesen werden. Bei jedem Kauf von Treibstoffen und Energieträgern fürs Wohnen werden CO₂-Einheiten von diesem Konto abgebucht. Der Einkauf von sonstigen Produkten, Lebensmitteln und Dienstleistungen wird nicht mit CO₂-Einheiten bezahlt. Deren Produzenten und Anbieter müssen selbst die für sie benötigte Menge an CO₂-Einheiten am Markt einkaufen. Um das CO₂-Konto zu nutzen, erhält jeder Bürger eine CO₂-Card, die wie eine gewöhnliche Bank- oder Kreditkarte aussieht. Damit soll es auf einfache Weise möglich sein, nicht benötigte CO₂-Einheiten am Markt zu verkaufen oder aber bei größerem Bedarf zuzukaufen. So liege es im vitalen Interesse jedes Einzelnen, mit seinem CO₂-Guthaben auszukommen. Es könnte „zum Sport werden, einen möglichst großen Anteil der CO₂-Quote nicht für den Kauf von Energie zu verschwenden, sondern für bares Geld zu verkaufen“, glauben die Stiftungs-Experten. Sie sehen darin auch einen positiven Effekt für sozial Schwächere. „Das Konzept versetzt die ärmere Bevölkerung in die Lage, von ihr nicht benötigte Emissionsquoten zu verkaufen und dadurch ein zusätzliches Einkommen zu generieren.“

Die Chancen

„Durch die Einführung verbindlicher Quoten werden Innovationen angeregt. Wenn die Bundesregierung langfristig festlegt, wieviel



Realistische Vision? So könnte ein Bankomat aussehen, an dem das Guthaben einer CO₂-Card verwaltet wird. Der Emissionshandel für Privathaushalte wird in England bereits diskutiert. Foto: Aachener Stiftung Kathy Beys

CO₂ zu welcher Zeit ausgestoßen werden kann, gibt das auch der Wirtschaft die nötige Planungssicherheit. Die deutsche Industrie kann zeigen, was sie an Lösun-



gen in den Schubladen hat“, betont B. Stephan Baldin, Vorstand der Stiftung Kathy Beys. Handelbare individuelle Emissionsquoten garantierten wie kein anderes Politikinstrument die Einhaltung der definierten jährlichen Emissionsobergrenzen, heißt es seitens der Stiftung. Quoten seien gerecht, da sie unabhängig von seiner sozialen und finanziellen Stellung jedem

Bürger ein gleiches Emissionsrecht zugestehen.

Dosch wendet sich mit der CO₂-Card auch gegen die in politischen Kreisen diskutierte CO₂-Steuer: „Eine CO₂-Steuer, die tatsächlich zu einer verringerten CO₂-Emission führt, müsste so hoch sein, dass sie wohl politisch nicht durchzusetzen wäre. Die enorme Preissteigerung bei Energie in den vergangenen Jahren hat nicht in großem Umfang zur einer Reduktion des Energieverbrauchs geführt.“

Die Reaktionen

In Deutschland fallen die meisten Reaktionen sehr verhalten aus. Von den im Bundestag vertretenen Parteien zeigt bisher keine Be-

reitschaft, das Konzept umzusetzen (siehe Kasten). Anders sieht das in Großbritannien aus, wo die staatliche Umweltbehörde eine Machbarkeitsstudie zur CO₂-Card in Auftrag gegeben hat, nachdem der damalige Umwelt- und heutige Außenminister David Miliband sie in sein Programm aufnahm. In Deutschland hat dagegen auch die Organisation der Globalisierungskritiker Attac Probleme mit dem Konzept: „So werden gesellschaftliche Missstände auf den Einzelnen abgeschoben, das Klimaproblem individualisiert“, heißt es in einer Stellungnahme. „Natürlich entsteht ein Anreiz, weniger zu tanken, wenn mein CO₂-Guthaben ins Minus zu rutschen droht. Aber wenn gleichzeitig die Bahn privatisiert und Strecken stillgelegt werden, dann komme ich oft nur mit dem Auto zur Arbeit.“ Und der Umweltjournalist Dirk Maxeiner merkt kritisch an: „Menschen in kalten Ländern müssen mehr heizen und haben deshalb einen viel höheren Energieverbrauch als die Bewohner warmer Regionen. Darf man Sibirien und die Südsee einfach gleichsetzen?“

Informationen im Internet: www.co2card.de

Interesse bis Ignoranz: Wie die Bundestagsparteien reden oder schweigen

Die Parteien im Bundestag haben auf Anfrage unserer Zeitung sehr unterschiedlich auf das Konzept für eine CO₂-Card reagiert. Am ausführlichsten antwortete Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“: „Der Vorschlag erscheint uns nicht sehr vorschlagserschend. Das System wäre schwierig zu realisieren und würde Verteilungswirkungen haben, die wir nicht unterstützen.“ Ein wesentliches Hindernis für die CO₂-Card sieht Bulling-Schröter darin, dass ärmere Haushalte häufig in schlecht isolierten Wohnungen bzw. Häusern mit ineffizienten Hei-

zungen wohnen als reichere. „Dem entsprechend würden sie an dieser Stelle bestraft. Zudem würden Fernpendler, von denen viele nicht freiwillig, sondern gezwungenermaßen weite Wege zu ihrer Arbeitsstelle zurücklegen, ebenfalls überproportional und noch einmal zusätzlich zu Ökosteuer und hohem Kraftstoffpreis zur Kasse gebeten“. Die Berücksichtigung solcher Tatbestände durch Zu- und Abschläge wäre nach Ansicht der Linksfraktion zwar möglich, aber äußerst kompliziert und bürokratisch. „Darum halten wir andere Wege im Klimaschutz für vernünftiger und prakti-

abler.“

Für die FDP erklärte deren umweltpolitischer Sprecher Michael Kauch, man habe im Bundestag einen Antrag gestellt, auch Verkehr und Heizen in den Emissionshandel einzubeziehen. „Jedoch haben wir uns entschieden, diesen Handel auf der Großhandelsebene anzusetzen und nicht beim Endverbraucher. Wir halten das für praktikabler und weniger aufwendig.“

CDU, SPD und Grüne waren nicht bereit, sich mit dem Aachener Konzept auseinanderzusetzen. (all)